

Fernsprechstelle Nr. 22.  
Die „Sächsische Elbzeitung“  
erscheint Dienstag, Donner-  
stag und Sonnabend. Die  
Ausgabe des Blattes erfolgt  
Tage vorher nachm. 4 Uhr.  
Abonnementpreis viertel-  
jährlich 1 Mk. 60 Pf., zwei-  
monatlich 1 Mk., einmonat-  
lich 50 Pf.  
Einzeln Nummern 10 Pf.  
Alle kaiserl. Postanstalten,  
Postboten, sowie die  
Zeitungsverleger nehmen Bestel-  
lungen auf die  
„Sächsische Elbzeitung“ an.  
Sonnabend:  
„Inkr. Unterhaltungsblatt“.

# Sächsische Elbzeitung.

## Amtsblatt

für das königliche Amtsgericht, das königliche Hauptzollamt und den Stadtrat zu Schandau;  
sowie für den Stadgemeinderat zu Hohnstein.

Druck und Verlag: Wegler & Jeuner Nachf. — Verantwortlicher Redakteur: Max Höger, Schandau.

Tel.-Adr.: Elbzeitung.  
Inserate, bei der weiten  
Verbreitung d. Bl. von großer  
Wirkung, sind Montag  
Mittwoch und Freitag  
bis spätestens vormittags  
9 Uhr aufzugeben. Preis für  
die gespaltene Corpusspalte  
oder deren Raum 16 Pf.  
(tabellarische und komplizierte  
nach Abrechnung).  
Kuhwärt. Inzerate 20 Pf.  
„Eingelände“ u. „Reklame“,  
30 Pf. die Zeile.  
Bei Wiederholungen ent-  
sprechender Rabatt.  
Alle vierteljährig  
„Landwirtschaftliche Beilage“.

Nr. 144.

Schandau, Dienstag den 7. Dezember 1909.

53. Jahrgang.

### Ämtlicher Teil.

Nachdem Ansprüche an die in unserer Bekanntmachung vom 2. August 1909  
(Nr. 92 und 93 der Sächs. Elbzeitung und Nr. 180 und 181 der Leipziger Zeitung)  
von uns als abhanden gekommen aufgerufenen Einlage-Bücher unserer Sparkasse

Nr. 26376 auf Camilla Sellig in Proffen und  
" 21505 auf Martin Albin Nitschauer in Proffen

lautend, von irgend einer Seite nicht erhoben worden sind, werden diese Sparkassen-  
bücher hiermit für ungültig erklärt.

Schandau, den 26. November 1909.

Der Stadtrat.

Die in städtischem Besitze befindliche

### Volksbücherei

wird dem Publikum zur fleißigen Benutzung empfohlen.

Die Ausgabe der Bücher erfolgt an den **Freitagen** jeder Woche nach-  
mittags zwischen 4 und 5 Uhr im neueren Schulgebäude, 1. Etage, durch Herrn  
Lehrer Sommer.

Schandau, den 6. Dezember 1909.

Der Stadtrat.

Die Anmeldung zur Teilnahme am Unterrichte in den sächsischen **Schiffer-  
schulen** hat bei den Ortsvorständen der einzelnen Schulen zu erfolgen und zwar

in Schandau	bei Herrn Schiffseigner und Fährmeister	Emil Schmidt,
" Königstein "	" "	Wilhelm Hönel,
" Stadt Wehlen "	" "	Adolf Kühne,
" Pirna "	" "	Robert Spalteholz in Posta,
" Dresden "	" "	Otto Müller, Louisenstraße 95,
" Meißen "	" "	C. G. Krögis,
" Riesa "	" "	H. Dechert in Döberfen b. Riesa.

Bei der Anmeldung ist der Betrag von 3 Mark — Pfg. als Unterrichtsgeld zu  
entrichten.

Der Tag des Unterrichtsbeginns und die Zeit der Unterrichtsstunden wird für  
jede Schule von dem betreffenden Ortsvorstande noch besonders bekannt gemacht.

Direktion der sächsischen Schifferschulen.

### Nichtamtlicher Teil.

#### Politische Rundschau.

##### Deutsches Reich.

Der Kaiser hielt am Freitag und Sonnabend, be-  
gleitet von seinen Söhnen, den Prinzen Eitel Friedrich  
und Oskar, und einer größeren Jagdgemeinschaft, Hof-  
jagden in der Gohrebe (Provinz Hannover) ab.

Der Reichstag nahm in seiner Sitzung vom 3. Dez.  
zunächst die bis dahin vertagte Wahl seines zweiten  
Vizepräsidenten vor. Als solcher wurde der von der  
Reichspartei präferierte Kandidat, Abg. Erbprinz zu  
Hohenlohe-Langenburg, mit 178 Stimmen der Rechten,  
des Zentrums und der Polen gewählt. 98 Stimmentel,  
von den liberalen Parteien herrührend, waren un-  
beschieden, 44 Stimmen fielen auf den Sozialdemokraten  
Singer. Der Erbprinz nahm die Wahl mit kurzen  
Worten des Dankes an. Es folgte die Wahl der Schrift-  
führer nach, deren Namen aber erst am Ende der Sitzung  
veröffentlicht wurden; es sind dies der Abgeordnete Rinow  
(nat.-lib.) Freiherr v. Thunfeld (Zent.), Engelen (Zent.),  
Rogalla v. Biebertal (kons.), Dr. Heßler (fr. Vereinig.),  
Pauli (Reichsp.), v. Damm (wirtsch. Vereinig.) und  
Dr. Hermes (fr. Volksp.). Mit der Berufung der  
Abgeordneten Wassermann (nat.-lib.) und Schmidt-  
Warburg (Zent.) seitens des Präsidenten war der Vor-  
stand des Reichstages endlich vollständig konstituiert.  
Jetzt trat man in die Tagesordnung ein. Debatte-  
los gelangte die Vorlage, betr. die Erneuerung des deutsch-  
englischen Handelsprovisoriums, in erster und zweiter  
Lesung zur Annahme. Daran schloß sich die erste Be-  
ratung der Vorlage betr. Abänderung von § 15 des  
Kollisionsgesetzes vom 25. Dezember 1902. Genannter  
Paragraph enthält die Bestimmung, daß die Witwen-  
und Waisenversicherung am 1. April 1910 in Kraft zu  
setzen sei; der jetzigen Vorlage zufolge soll dieser Termin  
noch um ein Jahr hinausgeschoben werden. Der Staats-  
sekretär des Reichsamtes des Innern, Wermuth, begründete  
diesen Ausschub hauptsächlich durch den Hinweis darauf,  
daß noch nicht genügende Mittel zur Durchführung der  
Witwen- und Waisenversicherung vorhanden seien und  
das fernher auch erst noch die neue Reichsversicherungs-  
ordnung fertiggestellt werden müsse. Der erste Redner  
aus dem Hause war der nationalliberale Abgeordnete  
Dr. Jund. Er betonte die Notwendigkeit des Zustande-  
kommens der Witwen- und Waisenversicherung als  
Krönung der gesamten sozialpolitischen Gesetzgebung und  
kritisierte den bürokratischen Charakter der geplanten  
Reichsversicherungsordnung ziemlich abfällig. Die Ab-  
geordneten Mugdan (fr. Volksp.) und Mollenhuth (soz.)  
schlugen scharfe oppositionelle Töne gegen die Regierung  
an, was den Staatssekretär Wermuth zu wiederholten  
Entgegnungen zwang. Kurz für das vorliegende Not-  
gesetz traten ein der Abg. v. Nitzsch-Damsdorf (kons.),  
Linz (Reichsp.) und Becker-Arnshberg (Zent.) und der  
Zentrumsabgeordnete Trimborn verteidigte das Auftreten  
seiner Partei in der Frage der Witwen- und Waisen-  
versorgung gegenüber den Angriffen des Abgeordneten  
Mollenhuth. Mit persönlichen Bemerkungen schloß die  
Freitagssitzung. Am Sonnabend setzte der Reichstag die  
Erörterung zunächst fort; außerdem fanden noch Inter-  
pellationen und der portugiesische Handelsvertrag auf der  
Tagesordnung.

Am Dienstag beginnt im Reichstag die allgemeine  
Staatsdebatte, doch dürften an diesem Tage lediglich die  
Regierungsvertreter das Wort nehmen. — Dem Reichs-  
tag ist ein zweiter Nachtrag zum Kolonialetat 1909  
zugegangen.

Die direkten Wahlen zum Landtage des Großherzog-  
tums Sachsen-Weimar haben folgendes Resultat gezeitigt:  
Gewählt 5 Abgeordnete der Rechten, 4 Sozialdemokraten,  
3 Liberale, 1 Zentrumsabgeordneter; 10 Stichwahlen  
sind notwendig. Im übrigen sind noch 15 Abgeordnete  
der Höherbesteuerten, der Universität Jena, sowie der  
Handels-, Handwerks-, Landwirtschafts- und der Arbeits-  
kammer für das Großherzogtum Weimar zu wählen.

Der Prozeß wegen der Unterschlagungen auf der  
Kieler Werft vor dem Schwurgericht Kiel hat am Freitag  
nach wochenlangem Dauer mit der Freisprechung aller  
Angeklagten — Helrich, Ehrnsth, Farchbutter, S. Jakob-  
sohn und Frankenthal — geendet; die Freigesprochenen  
wurden sofort aus der Untersuchungshaft entlassen. Das  
freisprechende Urteil im Kieler Sensationsprozeß kommt  
nicht gerade überraschend, hat sich doch im Verlaufe der  
Prozeßverhandlungen immer mehr herausgestellt, daß die  
Anklagen auf schwachen Füßen standen.

Die bayerische Steuerreform ist endlich noch glücklich  
durchgebrungen. Am vergangenen Freitag erörterte die  
bayerische Abgeordnetenkammer nochmals das Umlagen-  
gesetz, die letzte der auf die Steuerreform bezüglichen  
Vorlagen, und nahm es schließlich mit 119 Stimmen  
gegen 90 Stimmen an. Die nun erfolgte Annahme des  
Umlagengesetzes ermöglicht erst die Einführung der von  
der Kammer bereits beschlossenen allgemeinen progressiven  
Einkommensteuer und besiegelt überhaupt das Zustande-  
kommen der ganzen Steuerreform.

Die 2. sächsische Kammer lehnte am Freitag die Pe-  
tition der Deutschen Luftschiffahrts-Gesellschaft zu Dresden  
um Stiftung eines Flugpresses aus Staatsmitteln für  
die Gesellschaft einstimmig, gemäß dem Deputationsantrage,  
und außerdem debattelos ab.

##### Oesterreich-Ungarn.

An der endlichen Lösung der ungarischen Krise wird  
jetzt schier krampfhaft gearbeitet. Nach dem Minister-  
präsidenten Bedekerle ist in der vergangenen Woche auch  
der ungarische Minister des Innern, Graf Andrássy,  
vom Kaiser Franz Josef wieder empfangen worden, doch  
verlautet, auch in diesen beiden Audienzen sei noch keinerlei  
Entscheidung betreffs der ungarischen Krise gefallen.  
Neuerdings wird abermals der ehemalige Finanzminister  
Lulacs als mutmaßlicher künftiger ungarischer Minister-  
präsident genannt.

##### Italien.

In Italien ist durch den plötzlichen Sturz des Mini-  
steriums Giolitti vorläufig ein politischer Wirrwarr ent-  
standen. Es herrscht völlige Ungewißheit darüber, wer  
die Bildung des neuen Kabinetts übernehmen soll. Es  
ist allerdings viel von dem früheren Ministerpräsidenten  
Sonnino, dem eigentlichen Führer der Opposition in der  
italienischen Deputiertenkammer, die Rede; aber es erscheint  
recht fraglich, ob ein neues Kabinett Sonnino lebens-  
fähig wäre. Nicht unmöglich ist eine bloße Rekonstruktion  
des Ministeriums Giolitti.

##### Balkanhalbinsel.

Von einem projektirten Balkanbunde gehen allerhand  
Gerüchte. Bald heißt es, Bulgarien, Serbien und Monte-  
negro wollen sich zu einem Dreibunde der slavischen Balkan-  
staaten zusammenschließen, bald ist die Rede von einem  
Dreibunde, den angeblich die Türkei, Rumänien und  
Griechenland miteinander abschließen wollen, wohl als  
Gegengewicht zu der „slavischen Balkanunion“. Da-  
zwischen wird auch von Verhandlungen zwischen der Porte  
und Bulgarien — eines Bündnisses der beiden Staaten  
miteinander u. v. mit Serbien berichtet. Doch heißt es,

diese Verhandlungen seien wenig aussichtsreich, weil so-  
wohl die Türkei als auch Bulgarien die führende Rolle  
in der geplanten türkisch-bulgarisch-serbischen Tripelallianz  
beanspruchen. Die Eifersüchtigkeiten der einzelnen Balkan-  
staaten auf einander machen es überhaupt ziemlich un-  
wahrscheinlich, daß das eine oder das andere der genannten  
Balkanbündnisse zustandekommt.

##### England.

Die Krise in England hat vorläufig zur Vertagung  
des Unterhauses geführt, die am Freitag durch Verlesen  
einer Thronrede erfolgte. Letztere enthält indessen kein  
Wort von der schweren politischen Krise, welche infolge  
der Ablehnung der Finanzbill seitens des Oberhauses über  
England hereinbrochen ist. Sie erwähnt den Besuch  
des Königs von Portugal in London, die auswärtigen  
Beziehungen Englands, sie als fortgesetzt sehr freundschaft-  
liche charakterisierend, die Beseitigung der Schwierigkeiten  
im Orient, die Erneuerung der Schiedsgerichtsverträge  
Englands mit Deutschland und mit anderen Ländern, die  
Gründung der südafrikanischen Union und noch sonstige  
Vorgänge. Im übrigen zählt sie die in der jetzigen  
Session zustandekommenen Gesetze auf. Ein Wieder-  
zusammentritt des jetzigen Unterhauses erfolgt nicht.  
Die Auflösung steht für Anfang Januar 1910 zu erwarten.  
Die Neuwahlen sollen noch im Laufe des genannten Monats  
vorgenommen werden.

##### Rußland.

Wenn man Londoner Blättermeldungen glauben soll,  
so droht die vorübergehende Landung japanischer Matrosen  
vom Kreuzer „Chicimaru“ an der Küste von Kamtschatka  
zu einem ernstlichen Zwischenfall zwischen Rußland und  
Japan zu führen. Rußland soll wegen dieses Vorganges  
eine scharfe Protestnote in Tokio haben überreichen lassen,  
welche angeblich die sofortige Abberufung des genannten  
Kreuzers aus den Gewässern von Kamtschatka und eine  
formelle Entschuldigung des Kapitäns den russischen Be-  
hörden gegenüber fordert. Dagegen heißt es, sowohl die  
japanische Vorkommissar in Petersburg als auch das dortige  
Auswärtige Amt beurteilten den Vorfall mit der „Chicimaru“  
sehr ruhig.

##### Amerika.

Die Unionsregierung setzt ihre militärischen Vorsichts-  
maßregeln für den Fall einer Zuspitzung des bekannten  
Konfliktes zwischen den Vereinigten Staaten und Nicaragua  
fort. Es sind weitere amerikanische Kriegsschiffe nach den  
nicaraguanschen Gewässern beordert worden.

### Locales und Sächsisches.

Schandau, den 6. Dezember 1909.

—\* Bei der Sparkasse zu Schandau betragen  
im Monat November die Einzahlungen 50793 Mark  
45 Pfg., die Rückzahlungen dagegen 26944 Mark  
68 Pfg. Die Verzinsung der Spareinlagen erfolgt  
mit 3 1/2 %.

L Der Gebirgsverein für die Sächsische  
Schweiz, dessen Delegierten am 28. November in Pirna  
in Anwesenheit des Zentralausschusses ihre Herbst-  
versammlung abhielten, bei welcher 29 Ortsgruppen mit  
171 Stimmen vertreten waren, wird auch dieses Weihnachts-  
hilfsbedürftigen Bewohnern in den Ortsteilen der  
Sächs. Schweiz durch die einzelnen Ortsgruppen Geld-  
unterstützungen oder andere Gaben ausshändigen lassen.  
Es sei dazu bemerkt, daß auch Gebirgsvereiner aus der  
Umgebung ihr Scherlein dazu gegeben und Christi-  
bescherungen für die Armen in den nahen Wald- oder  
Elbbörfen anstreben. So veranstaltete am 28. November